

# Klares Votum gegen Bürgerversicherung

Gastkommentar von Steffen Habit

Mit der Bürgerversicherung wollten SPD und Grüne bei den Wählern punkten. Beide Parteien warben für die Abschaffung der Grenzen zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung. Doch nach der bitteren Wahlniederlage bei der Bundestagswahl ist eine Radikalreform nicht in Sicht. Auf den neuen Gesundheitsminister warten dennoch große Herausforderungen.

Der fulminante Sieg für Kanzlerin Angela Merkel (CDU) als auch der Wahlerfolg für Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) bei der Landtagswahl zeigen eindeutig: Die Bürger wollen keine Experimente und setzen stattdessen auf Stabilität. Das gilt auch für die Gesundheitspolitik. Auch wenn sich viele gesetzlich Versicherte durchaus über die Zwei-Klassen-Medizin ärgern – die Bürgerversicherung ist für die Mehrheit offenbar keine Alternative.

## **Sorge vorerst gebannt**

Gerade Bayerns Zahnärzte kämpften gegen das Schreckgespenst Bürgerversicherung. Sie fürchten massive Honorar-Einbußen, sollte die private Krankenversicherung (PKV) abgeschafft werden. Schließlich erwirtschaften die Zahnärzte rund 50 Prozent der Umsätze durch Privatleistungen. Mit dem klaren Wahlsieg der Union ist diese Sorge vorerst gebannt. Das Erstaunliche: Gerade die Liberalen, die sich stets für die Privatversicherung starkgemacht haben, konnten davon bei der Wahl nicht profitieren.

Wie geht es jedoch in der Gesundheitspolitik weiter? Im Gegensatz zu den anderen Parteien blieb die Union in ihrem Wahlprogramm äußerst vage. In dem Papier steht lediglich, was CDU und CSU nicht wollen: „Eine staatliche Einheitsversicherung für alle lehnen wir ab.“ Ansonsten finden sich Allgemeinplätze („Wir stehen für ein solidarisches Gesundheitswesen.“) und reichlich Selbstlob („Durch erfolgreiche Reformen haben CDU und CSU die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung stabil gehalten.“).

## **Gesundheitsminister muss Farbe bekennen**

Der neue Gesundheitsminister oder die Gesundheitsministerin wird auf jeden Fall bald Farbe be-



Foto: privat

Der Autor ist als Redakteur beim Münchner Merkur zuständig für den Bereich Sozialpolitik.

kennen müssen. Die Zeit der Milliarden-Überschüsse in der Krankenversicherung geht allmählich zu Ende – und damit auch die Möglichkeit, großzügig Geld zu verteilen. Spätestens 2015 drohen wieder Zusatzbeiträge. Damit wächst auch der Spardruck im Gesundheitswesen.

In Bayern geht es vor allem um den Erhalt

der medizinischen Versorgung auf dem Land. Auch wenn derzeit noch kein akuter Arzt- oder Zahnarztmangel besteht – in einigen Regionen könnte es in den nächsten Jahren erste Engpässe geben. So schlossen 2011 bayernweit 340 Hausärzte ihre Praxen. Jeder Dritte konnte trotz intensiver Suche keinen Nachfolger finden. Auch bei Zahnärzten gibt es Abgeber, die keinen Nachfolger finden. Hier sind vor allem innovative Versorgungskonzepte gefragt. Allein mit höheren Honoraren werden sich junge Ärzte und Zahnärzte jedenfalls nicht aufs Land locken lassen.

## **Was fordert Bayern?**

Spannend bleibt auch, ob Bayern noch einmal gegen den Gesundheitsfonds aufbegehrt. Immer noch fließen Milliarden an Beitragsgeldern aus Bayern ab. Bisher blieb es bei lautstarken Protesten. Beim Länderfinanzausgleich drängt Seehofer allerdings auf eine Neuregelung zugunsten des Freistaats. Ansonsten werde er den Koalitionsvertrag nicht unterzeichnen, drohte Seehofer kurz vor der Bundestagswahl. Vielleicht schließt das auch Korrekturen beim umstrittenen Gesundheitsfonds ein.